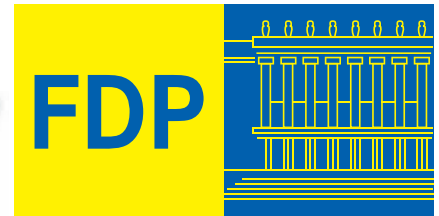


Wuppertal *liberal*



RATSFRAKTION WUPPERTAL

AN ALLE HAUSHALTE

AUSGABE 2010

Hier war mehr drin

*Sparen ja, aber mit Konzept!
Der Doppelhaushalt 2010/2011*

Weiß der Himmel...

*Eine Inszenierung mit drei Sparten?
Die Zukunft des Schauspielhauses ist weiter ungewiss*

Google is SHOW VIEWing you...

FDP setzt sich bei der Stärkung von Bürgerrechten durch

Inhalt / Impressum

Haushalt & Haushaltssicherungskonzept	<u>3</u>
FDP unterstützt Fairtrade	<u>5</u>
Liberaler Schulpolitik	<u>6</u>
Hauptschulschließung Rot/Grün gegen freie Schulwahl Anpassung der Ferienzeiten	
Winter - Dienst mit Problemen	<u>7</u>
Weiß der Himmel Eine Inszenierung mit drei Sparten?	<u>8</u>
Frischer Wind im Landesparlament Marcel Hafke - Unser Landtagsabgeordneter für Wuppertal	<u>9</u>
Runder Tisch für Handwerk & Stadt	<u>10</u>
Google is SHOW viewing you...	<u>11</u>
Wo ist das Bergische Land?	<u>12</u>
Müngstener Brücke erhalten	<u>12</u>
Ende der Personalmisere im Gesundheitsamt	<u>13</u>
Nordbahntrasse	<u>13</u>
Wohin mit Unternehmen?	<u>14</u>
Fairtrade-Stadt Wuppertal	
Aus den Stadtteilen	<u>15</u>
Bebauung Heidter Str./Rädchen Grüner Streifen Bebauungsplan Toelleturm Brüller Viertel - Denkmalsatzung	

Herausgeber:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel.: 0202 / 563 6272
Fax: 0202 / 563 85
E-Mail: fraktion@fdp-wuppertal.de
www.fdp-wuppertal.de

V.i.S.d.P.: Tobias Wierzba,
Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Rat der
Stadt Wuppertal

Bearbeitung:

Tobias Wierzba, Jörn Suika, Karin van der Most,
Tina Pannes, Klaus Brennecke, Thilo Prokosch

Konzept / Layout:

Tobias Wierzba

Bildmaterial:

soweit nicht anders gekennzeichnet:
Tobias Wierzba, © FDP-Fraktion im Rat der
Stadt Wuppertal; Alexander Schmidt, Seite 7;
Marcel Hafke, MdL, Seiten 9 und 10; Google
Germany GmbH, Seite 11

Druck:

Ley + Wiegandt, Wuppertal

Auflage:

30.000

HIER WAR MEHR DRIN

Sparen ja, aber mit Konzept!

Vor der Sommerpause stand im Rat der städtische Doppelhaushalt für die Jahre 2010/2011 zur Abstimmung. Ein über 3 Bände reichendes Gesamtwerk auf 2.318 Seiten, voller Zahlen und mehr oder weniger harten Fakten. Die FDP-Fraktion hat sich mit diesen Zahlen intensiv auseinandergesetzt. Viele Einsparvorschläge des Oberbürgermeisters und des Kämmerers, wie das Schließen von Freibädern oder des Schauspielhauses wurden in der Vergangenheit ausführlich medial diskutiert. Vielen Einsparvorschlägen fehlt es an einem Gesamtkonzept und einer Visionen für Wuppertal. Viel zu sehr verlieren sich die Verantwortlichen von Union und SPD im Kleinklein, was unserer Stadt mehr schadet als nützt.

Sparen ist aus Sicht der Liberalen unumgänglich, um 20 Jahren Anhäufung von Schulden Herr werden zu können. Jedoch setzt die FDP-Ratsfraktion auf drei zentrale Themen:

- 1. Stärkung der Wirtschaftskraft in Wuppertal, um den Erhalt und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu ermöglichen.*
- 2. Solide und transparente Haushaltsführung, um Einsparpotentiale heben zu können.*
- 3. Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements, um die Bürger auf diesen Weg mit zu nehmen.*

Bei dem zur Abstimmung vorgelegten Haushalt handelt es sich nicht nur um eine Auflistung von Haushaltszahlen, mit denen dann der Kämmerer und die Verwaltung arbeiten werden. Vielmehr handelt es sich um einen Haushalt des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (kurz NKF), der für den Rat das zentrale Steuerungs- und Controlling-Instrument für die nächsten beiden Jahre ist.

Das NKF macht den Haushaltsplan zum zentralen Werkzeug des Rates, um die Arbeit der Verwaltung zu steuern und zu überwachen. Darum sind in diesem Haushaltsplan hunderte von Zielen für die Verwaltung beschrieben, nach denen sie in den nächsten beiden Jahren arbeiten soll. Dazu sind Kennzahlen aufgeführt, über die der Rat die Einhaltung und Umsetzung der Ziele überwachen soll. Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit diesen Zielen und Kennzahlen befasst.

Wenn dabei an einigen Fällen einfache Übertragungsfehler aufgefallen sind, wollen wir das gar nicht thematisieren, denn bei dieser Menge an Zahlen passieren einfach Fehler. Was nicht passieren darf ist, dass diese den Fachpolitikern nicht auffallen! Das ging bis soweit, dass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses eine Produktgruppe zur Beratung vorgelegt wurde, die es gar nicht mehr gibt; Reaktion gleich Null!

Das ist natürlich kein Wunder, wenn sich die anderen Fraktionen nicht ernsthaft mit

dem Haushalt auseinandersetzen wollten. Sei es, dass man die Haushaltsplanberatung wie im Ausschuss Schutz & Ordnung von der Tagesordnung abgesetzt hat, sei es wie im Kulturausschuss, dass die Haushaltsplanberatung trotz vorliegendem Antrag gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Die Damen und Herren von der Koalition aus CDU und SPD dürfen sich daher auch nicht wundern, wenn die Verwaltung in den nächsten Jahren das umsetzt, was in diesem Haushaltsplan ausdrücklich als Ziel formuliert ist. Beispielhaft seien genannt:

- der ab dem Jahr 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahre wird nicht erfüllt werden und kann auch nicht durch Tagespflegeplätze ersetzt werden. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

- wir werden weitere Kinderspielplätze schließen, weil die zur Verfügung stehenden Mittel für eine Grundüberholung nicht ausreichen. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

- In den nächsten Jahren sollen jährlich 1 bis 1,5 ha Kleingartenflächen aufgegeben werden. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

- In den nächsten Jahren sollen jährlich 1,5 bis 2 ha ausgebauter Grün- und Parkanlagen aufgegeben werden. Dies ist

im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

- In den nächsten Jahren wird jährlich 200 Menschen bei drohender Wohnungslosigkeit nicht mehr bei der Erhaltung der Wohnung oder dem Finden einer neuen Wohnung geholfen werden können; ihnen droht also die Wohnungslosigkeit. Dies ist - trotz ausdrücklicher Nachfrage von uns - im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

- An den Grundschulen wird es keinen Ausbau der Betreuungsangebote geben. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

- In den nächsten Jahren wird das erfolgreiche „Wuppertaler Hauptschulmodell“ zahlenmäßig zurückgefahren. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

Genauso wichtig ist es aber auch zu hinterfragen, was an Zielen und Kennzahlen NICHT im Haushaltsplan steht. Nach der letzten Haushaltsplanverabschiedung hat der Rat auf Antrag der CDU der Verwaltung den Arbeitsauftrag erteilt, die Formulierung der Ziele und Kennzahlen zu überprüfen und zu überarbeiten. Die Notwendigkeit hat die Verwaltung Anfang 2008 auch bestätigt.

Leider zeigt sich, dass das nicht in ausreichendem Maße geschehen ist.

Ein Beispiel: Warum ist die „laufende

Wer sich nicht ausreichend mit einem Haushalt beschäftigt, der beschließt seltsame Dinge, die die Verwaltung umsetzen muss.

Anpassung des Schulentwicklungsplans an die demographischen Prozesse“ nur ein Ziel bei den Grundschulen und nicht bei allen anderen Schulformen? Auch der Schulverwaltung scheint das nicht klar zu sein. Ihre Antwort auf unsere entsprechende Nachfrage: „Ist halt so!“ Das ist ein ganz klares Beispiel dafür, dass dieses Ziel auf die Produktbereichsebene „Schulträgeraufgaben“ gehört hätte und dann in den jeweiligen Produkten konkretisiert werden müsste. Diese Konkretisierung fehlt dann leider bei uns!

Auch der Zweck von Kennzahlen scheint nicht wirklich durchgängig klar zu sein.

In unserem Haushaltsplan sieht das häufig wie folgt aus: „Kennzahl: Zielerreichungsgrad in Prozent = 100“. So kann eine Steuerung der Verwaltung durch den Rat nicht gelingen! Daher hätte sich der Rat mit solchen Zielen und Kennzahlen nicht zu Frieden geben dürfen!

Ziele und Kennzahlen müssen auch so formuliert sein, dass sie über einen gewissen Zeitverlauf eine Entwicklung ersichtlich machen! Das man gerade zu Beginn des NKFs derzeit auch mal das ein oder andere Ziel und die dazugehörige Kennzahl ändert, ist völlig nachvollziehbar. Wenn aber neue Ziele so formuliert sind, dass sie sich auf eine einmalige Veränderung zum Vorjahr beziehen, ist schon jetzt klar, dass sie beim nächsten Haushaltsplan unbrauchbar sind. Solche Zielbeschreibungen müssen verhindert werden. Da scheint das Feinkonzept „Ziele und Kennzahlen“ der Stadtverwaltung noch nicht auszureichen!

Der dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegte Haushaltsplanentwurf bietet aus den oben genannten Gründen nicht die Grundlage dafür, dass der Rat seine Aufgabe der Kontrolle der Verwaltung wahrnehmen kann! Die FDP-Fraktion hat deshalb den Haushaltsplan abgelehnt! Für die Zukunft hoffen wir, dass die Fachausschüsse frühzeitig in die Erarbeitung der Ziele und Kennzahlen eingebunden werden!

Anstatt wie CDU und SPD alle Drucksachen unreflektiert durchzuwinken oder sich Sachargumenten mit einer Blockadehaltung wie Grüne und Linke zu verweigern, hat sich die FDP-Fraktion mit Einzeldrucksachen individuell auseinandergesetzt.

So wurde von Liberaler Seite aus der Vorlage zur Landschaftsumlage nicht zugestimmt, da die Zahlen für 2011 bis

2014 bewusst zu niedrig angesetzt werden. Es hilft nichts, wenn Zahlen politisch motiviert schön gerechnet werden und die Ansätze Stück für Stück nach oben „korrigiert“ werden müssen!

Den Antrag der Grünen, eine Bettensteuer als Kulturförderabgabe in Wuppertal einzuführen, wurde von uns ebenfalls aus inhaltlichen Gründen abgelehnt. Auch die Frage, ob eine solche kommunale Hotelsteuer überhaupt verfassungsrechtlich zulässig wäre, erscheint überaus fraglich und wird von zahlreichen Oberbürgermeistern negativ beschieden.

Dass eine solche Abgabe nicht zweckgebunden in die Kulturförderung, sondern in den allgemeinen Haushalt fließen muss, wissen die Grünen auch genau, versuchen aber die Öffentlichkeit darüber zu täuschen.



Wenn man dann noch sieht, dass unser „erstes Haus am Platz“, das Golfhotel Juliana, gerade seine Tore geschlossen hat und unsere Hotellerie in Wuppertal eher unter zu geringer Auslastung leidet, zeigt das, dass dieser Antrag gerade deswegen mit der Situation in Wuppertal nichts, aber auch gar nichts, zu tun hat.

Der Antrag der WfW zur weiteren Rationalisierung im Personalbereich erscheint erst einmal durchaus sympathisch. Wenn schon der Kämmerer deutlich mehr Einsparpotential im Personalbereich sieht, als bisher im HSK vorgesehen ist, könnte man das ja auch durchaus direkt in das Haushaltssicherungskonzept schreiben. Die FDP-Fraktion befürchtet jedoch, dass auch damit unser Potential schön gerechnet würde und die Verwaltungsspitze dann zu Personaleinsparungsmaßnahmen greifen müsste, die wir als

Rat auch gar nicht wollen. Durch die strengen Vorgaben der Personalbewirtschaftung ist die Verwaltung auch ohne die Vorgabe aus dem Haushaltsplan gezwungen, jede einzelne freiwerdende Stelle auf den Prüfstand zu stellen. Sollte das Einsparpotential höher sein, als im Haushaltsplan vorgesehen, wird sich das durch diese Vorgabe auch einstellen. Andererseits haben wir bereits jetzt das Problem, dass Pflichtaufgaben nicht erfüllt werden (siehe S. 13, Personalmisere im Gesundheitsamt) oder gerade eingeschränkt werden. Gerade in solchen Fällen ist es notwendig, dass wir uns den Spielraum für die Neubesetzung dieser Stellen erhalten. Das würde durch den WfW-Antrag gefährdet sein.

Wichtiger ist für die Liberalen dabei die Frage, wie die Personalplanung in der Verwaltung aussieht und welche Stellen strategisch wegfallen. In dieser Frage sollten wir uns als Politik unserer Meinung nach stärker einbringen!

Die FDP-Fraktion hat dem 2. Teil des Haushaltssicherungskonzeptes zugestimmt, auch wenn wir durchaus bereit gewesen wären, gemeinschaftlich weitere Einsparungen mit zu tragen (beispielhaft bei der Parkraumbewirtschaftung, den Grünflächen oder den Mitteln der Bezirksvertretungen) – nicht weil diese immer mit unseren politischen Forderungen übereinstimmen, sondern weil es einfach notwendig gewesen wäre, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Hier hätte man durchaus mehr einsparen können, als wozu die Große Koalition heute bereit ist. Bei allen Einsparungen, die wir jetzt nicht vornehmen, müssen wir uns spätestens beim nächsten HSK zu Recht fragen lassen, warum wir diese Maßnahmen nicht schon früher getroffen haben.

Beispielhaft hat die FDP-Fraktion mit dem Verkauf von Teilen der GWG einen Vorschlag des Oberbürgermeisters als Änderungsantrag eingebracht, hinter dem wir auch inhaltlich stehen. Die SPD hat dieses aber von vorne herein ausgeschlossen, ohne mit den anderen Fraktionen zu diskutieren, was als Gesamtpaket gemeinsam möglich gewesen wäre. Auch in den von Sozialdezernenten Dr. Kühn vorgelegten Einsparvorschlägen hätte man ohne das SPD-Veto durchaus gemeinsam einige zusätzliche Punkte finden können. Durch diese Einstellung der SPD hat die Stadt Wuppertal Einsparmöglichkeiten vertan!



Steuererhöhungen, wie von CDU und SPD beschlossen, können für Liberale nur das allerletzte Mittel sein, um Defizite zu reduzieren. Wie gerade beschrieben, nutzen wir leider nicht alle Mittel aus. Diese Steuererhöhungen haben negative Konsequenzen für Wuppertal!

„Firmen beginnen sich nach der tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte langsam wieder zu erholen und aus der Kurzarbeit zu kommen. In dieser fragilen Situation sollte man die Leistungskraft der Unternehmen erhalten“.

Mit diesen Worten hat sich der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith (CDU) gegen die dort von SPD, Grünen, Bürgergemeinschaft und Linken beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer gestemmt. Dies sollte auch bei uns gelten! Unsere Standortwettbewerber sind nicht Münster und Bielefeld, sondern Velbert, Wülfrath, Haan, Hilden und Langenfeld; letztere schuldenfrei mit dem rekordverdächtig niedrigen Hebesatz von 360 Punkten.

Bei den Wohnnebenkosten fügen sich in Wuppertal die vielen Einzelposten zu einem Puzzle zusammen. Wenn man zum Beispiel bei den Kosten für Wasser und

Abwasser besonders hohe Gebühren nehmen muss, sollte man nicht auch noch bei der Grundsteuer besonders teuer sein wollen.

Daher hat die FDP die vorgeschlagenen Erhöhungen der Grund- und der Gewerbesteuer abgelehnt.

Mit der Verabschiedung des Haushaltes sind wir nicht am Ende der Beratungen über die finanzielle Zukunft unserer Stadt, sondern erst am Anfang!

Trotz aller Hilfen von Land und Bund, die jetzt erwartet / erhofft / versprochen werden, müssen wir uns weiter die Frage beantworten, welche Aufgaben unsere Stadt dauerhaft noch erfüllen muss und wie wir sie effizienter erfüllen können. Für diese Aufgabe erhoffen wir uns zukünftig eine deutlich breitere Diskussion zwischen den Fraktionen unter breiter Einbeziehung der Bürgerschaft.

Gerade jetzt ist die Politik gefragt!

Vor dem Aus? Das Schauspielhaus Wuppertal.

Vor dem Aus - das beliebte Freibad in Vohwinkel. Hier begrüßt der Bademeister aufgrund des Spardiktats bald niemanden mehr.



FDP UNTERSTÜTZT FAIRTRADE IN WUPPERTAL

Bauern in Afrika, Lateinamerika und Asien erhalten durch Fairtrade (fairer Handel) die Möglichkeit, ihre Dörfer und Familien aus eigener Kraft zu stärken und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern. Einem gemeinsamen Antrag von FDP, Grüne, CDU und SPD folgend beteiligt sich die Stadt Wuppertal an der Kampagne „FairTrade Towns“ und strebt den Titel „Fairtrade-Stadt“ an.

Mit dieser Entscheidung beschließt die Stadt Wuppertal, bei allen Rats- und Ausschusssitzungen sowie im Bereich des Büros des Oberbürgermeisters Kaffee und weitere Produkte aus fairem Handel zu verwenden. Auch die FDP-Fraktionsgeschäftsstelle verwendet schon jetzt nur fair gehandelten Kaffee.

Im Bereich des örtlichen Einzelhandels verfügt Wuppertal über ein breites Angebot an Verkaufsstätten von Produkten aus dem fairen Handel. So beheimatet Wuppertal seit 35 Jahren die „faire“ Handelsgesellschaft GEPA.

Die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH ist die größte Fair-Handelsorganisation in Europa.

Darüber hinaus gibt es viele Aktivitäten in Schulen und Kirchengemeinden zum Thema und Unterstützung des fairen Handels.

Die Beteiligung an der Kampagne „Fairtrade Towns“ wäre ein weiterer Baustein in der Unterstützung des Fairen Handels und der Gewinnung örtlicher Akteure.

Diese Aktion ist gleichzeitig Antrieb für neue Veranstaltungen und Projekte.

Die Stadt Wuppertal würde Mitglied in einer weltweiten Kampagne, an der sich bereits 600 Städte in 18 Ländern beteiligen. Darunter auch unsere Nachbarstädte Dortmund, Bonn und Neuss.

Die Politik ist sich einig - Wuppertal wird „fairer“.

LIBERALE SCHULPOLITIK

Hauptschulen stärken – nicht schließen!

Mir dem Beschluss zur auflösenden Schließung der Hauptschule Gertrudenstrasse wird nunmehr eine weitere Hauptschule in unserer Stadt geschlossen. Und es ist zu befürchten, dass weitere Hauptschulen folgen. Karin van der Most, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion: „Wir bedauern dies sehr. Als einzige Fraktion im Rat haben wir die Schließung der Hauptschule Gertrudenstrasse abgelehnt.“

Die Verwaltung führt die zu geringen Anmeldezahlen als Grund für die jetzt notwendige Schließung der Schule an. Dabei wird verschwiegen, dass die Schließung von Hauptschulen auch eine Folge der beschlossenen Erweiterung der Gesamtschulen Vohwinkel und Langerfeld ist.

„Wir haben davor gewarnt, dass der Bedarf für die Erweiterung der Gesamtschulen bei gleichzeitig rückläufigen Schülerzahlen nur durch Schulschließungen geschaffen werden kann“, erklärt Karin van der Most.

Insofern sind die aktuellen Zahlen über die Anmeldungen an den weiterführenden Schulen wenig überraschend, denn die Schülerzahlen sind aufgrund der demografischen Entwicklung insgesamt rückläufig und die Hauptschulen sind, v.a. wenn zuvor in den Ausbau anderer Schulformen investiert wird, von diesem Rückgang besonders stark betroffen.

Van der Most: „Die Hauptschulen sind viel besser als ihr Ruf.“

Dass die Eltern ihre Kinder dennoch vermehrt an den Gesamtschulen anmelden, ist auch auf die bessere Ausstattung der Gesamtschulen und des Ganztagsangebotes zurückzuführen.“



Die FDP-Fraktion erwartet von der Schulentwicklungsplanung nicht einen Schließungsplan für eine Schulform. „Wir erwarten, dass an allen Schulformen die gleichen guten Bildungsbedingungen geschaffen werden. Dies schließt den Ausbau der Ganztagsbetreuung ein“, so van der Most abschließend.



Städtische Hauptschule Gertrudenstraße im Frühjahr 2010. Sowohl die engagierten Lehrer als auch die Schüler wussten hier noch nichts von der geplanten Schließung.

Rot/Grün gegen freie Schulwahl und für die Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbezirke

Vor zwei Jahren hat das Land NRW die Grundschulbezirke aufgelöst und die freie Schulwahl im Grundschulbereich ermöglicht. Doch in Wuppertal konnten Eltern die freie Schulwahl nie vollumfänglich ausüben, weil der Rat mit einer CDU/SPD geführten Mehrheit die Zügigkeiten an den Grundschulen festgelegt hat.

Mit der Zügigkeit an den Grundschulen sollte sichergestellt werden, dass die Schulen im Rahmen ihrer Aufnahmekapazitäten gleichmäßig ausgelastet sind. Genau dies ist aber nicht eingetreten: Die Eltern machen von Ihrer Wahlfreiheit Gebrauch. D.h. die Anmeldezahlen entsprechen nicht mehr den hochgerechneten Schülerzahlen, die sich auf der Basis der im ehemaligen Schulbezirk wohnenden Kinder ergibt, sondern dem

Wunsch der Eltern nach einer in Ihren Augen „bestgeeigneten Schule“ für Ihre Kinder. Weil die Stadt als Schulträger bei der Festlegung der Zügigkeit aber an den prognostizierten Schülerzahlen der ehemaligen Schulbezirke festhält, kommt es an einigen Grundschulen zu erheblichen Anmeldeüberhängen, so dass Kinder an Ihren Wunschschulen abgewiesen werden müssen.

Gleichzeitig wird der Klassenfrequenzrichtwert von 24 an diesen Schulen deutlich überschritten, an anderen Schulen hingegen deutlich unterschritten. Karin van der Most, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Schule: „Die mit der Festsetzung der Zügigkeit beabsichtigte gleichmäßige Verteilung der Schülerzahlen an den Grundschulen ist nicht erreicht worden. Vergleicht man die Schülerzahlen pro Klasse, ist sogar eine deutliche ungleiche Verteilung zu beobachten: an einigen Schulen werden Klassen mit bis zu 30 Schülern, an anderen Schulen hingegen Klassen mit 18 Schülern eingerichtet.“

Die Eltern der Grundschule Engelbert-Wüster-Weg haben diesen Zustand kritisiert und alle Fraktionen angeschrieben, mit der Bitte, die Schule um einen Zug zu erweitern, so dass kein Kinder abgewiesen werden muss und die Klassengröße auf max. 24 Schüler reduziert werden kann.

Einzig die FDP ist dem Anliegen der Eltern gefolgt und hat einen entsprechenden Antrag gestellt.

Doch bevor der Antrag im Schulausschuss beraten werden konnte, hat Rot/Grün im Land erklärt, dass sie den Kommunen die Möglichkeit geben wolle, Einzugsbezirke wieder einzuführen. Damit war unser Antrag hinfällig. Zwar erklärt Schuldezernent Matthias Nocke (CDU), dies nicht tun zu wollen, aber die Begrenzung der Zügigkeit reicht ihm als Instrument hierfür aus.

Van der Most: „Wir werden zur gegebenen Zeit einen erneuten Vorstoß wagen und uns für die freie Grundschulwahl in Wuppertal einsetzen, damit der Elternwille Berücksichtigung findet.“



Die Anmeldezahlen waren hier so hoch, dass die Eltern einen Ausbau der Zügigkeit forderten. Dieses wurde allerdings von CDU und SPD verhindert.



Gemeinschaftsgrundschule Engelbert-Wüster-Weg in Ronsdorf.

Sommerferienzeiten angleichen

FDP-Antrag setzt sich durch

Wenn die Sommerferien beginnen, stehen viele Eltern vor einer organisatorischen Meisterleistung: „wie überbrücke ich den Betreuungsausfall in den Sommerferien?“

Berufstätige Eltern können die langen Schulferien mit ihrem Urlaub bei weitem nicht abdecken. Und auf eine Betreuung durch die Großeltern können immer weniger Eltern hoffen.

Susanne Wywiol, Mitglied der FDP-Fraktion im Jugendhilfeausschuss: „Wer Glück hat, hat einen der begehrten Betreuungsplätze der offenen Ganztagschule. Doch selbst hier ist das Problem Ferienbetreuung nicht gelöst: Wenn das Schulkind in den ersten drei Wochen der Sommerschulferien betreut wird, ein Geschwisterkind aber in dieser

Zeit Ferien in der Kindertageseinrichtung hat, gestaltet sich die gemeinsame Urlaubsplanung der Familie schwierig, und erfordert von den Eltern eine sechswöchige Überbrückung der Betreuungslücke. Gleiches gilt für Geschwisterkinder in unterschiedlichen Kindertageseinrichtungen, wenn diese - wie in Wuppertal - zu unterschiedlichen Zeiten in den Sommerferien schließen, oder für die Kinder beim Übergang aus dem Kindergarten in die Schule.“

Die FDP-Fraktion hat sich jetzt dafür eingesetzt, dass die Betreuungsangebote in den Einrichtungen für Kinder und für Schulkinder künftig aufeinander abgestimmt werden, so dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in den Ferien möglich bleibt. Die Verwaltung hat erklärt,



sie habe das Problem erkannt und mit den Abstimmungsgesprächen begonnen.

Wywiol: „Hoffen wir, dass die Betreuungsorganisation in den Sommerferien für die Eltern bald einfacher wird.“

Betreuungsangebote werden zukünftig besser aufeinander abgestimmt.

WINTER - DIENST MIT PROBLEMEN

Stell' Dir vor es schneit und es wird nicht geräumt...

Der letzte Schnee war noch nicht ganz geschmolzen, als die ersten Gebührenbescheide für Straßenreinigung und Winterdienst zugestellt wurden. Die Bürger werden in diesem Jahr mit deutlich höheren Gebühren belastet. „Doch die Anwohner von Straßen mit der Priorität 2 haben im Winter teils vergebens auf den Räumdienst gewartet mit teils verheerenden Folgen für dort ansässige mittelständische Unternehmen und Anwohner“, so Jörn Suika, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal.

„Viele von ihnen“, so Suika weiter, „konnten deshalb nicht zu Kunden fahren, erhielten keine Lieferungen und Aufträge blieben liegen oder Kinder konnten von ihren Eltern nicht in Kindergärten und Schulen gebracht werden. Auch in diesen Straßen werden von den Anwohnern und Betrieben erhöhte Winterdienstgebühren abverlangt, obwohl der Winterdienst teilweise eingestellt wurde“.

Während Hausbesitzer mit Bußgeldern rechnen mussten, wenn sie den Schnee vor den Häusern nicht beseitigten, gab es in Teilen Wuppertals Straßen und Plätze, die vom Winterdienst der Stadt in Gänze ausgespart blieben. Das wurde uns durch

etliche Zuschriften von betroffenen Anwohnern bestätigt.

„Es ist schon bemerkenswert, wie die SPD-Fraktion öffentlich die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger lapidar als „jährliche wiederkehrende Murmeltier-Kritik“ abgetan haben“, so Suika und ergänzt: „Wenn man doch weiß, dass es jedes Jahr Probleme beim Winterdienst gibt, dann muss die Verwaltung ihn halt so organisieren, dass diese Probleme minimiert werden oder ganz ausbleiben.“

Solange die Stadt die Räumpflicht der Bürger kontrolliert, muss im Umkehr-

schluss der gleiche Maßstab für die Verwaltung gelten“.

Natürlich haben wir Hochachtung vor der Leistung der Mitarbeiter des ESW, die zu Stoßzeiten rund um die Uhr Schnee räumen. Aber es darf nicht sein, dass die personelle Unterbesetzung und mangelnde Salzvorräte zu einem spürbaren Problem des Gebührenzahlers werden.

Uns haben in der Vergangenheit viele Briefe und Anrufe betroffener Bürger erreicht. Wir möchten Sie bitten uns auch zukünftig mit Informationen zu versorgen. Der nächste Winter kommt bestimmt und wir werden für Sie weiter am Ball bleiben.

So wie auf den drei Fotos sah es in Wuppertal vielerorts aus. Laut Verwaltung gab es jedoch keine außergewöhnlichen Probleme beim Winterdienst. Das sahen viele Bürger anders - die FDP bleibt am Ball

© Fotos: Alexander Schmidt



Weiß der Himmel...

Eine Inszenierung mit drei Sparten?

Die FDP hat als einzige Fraktion vor der Sommerpause ein Gutachten beantragt, damit geklärt werden kann, ob das Schauspielhaus mit anderen Mitteln und anderem Nutzungskonzept erhalten bleiben kann. Leider konnten wir uns damit nicht durchsetzen.

Hat das Schauspiel eine Zukunft und welche Zukunft könnte das Schauspielhaus haben? – FDP fordert Konzept ein

Seit Monaten beherrscht die Sorge um die Schließung des Schauspielhauses und die Aufgabe der Schauspielsparte die öffentliche Diskussion in unserer Stadt. Ein Gutachten, von der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben, zeigt die Zukunftsszenarien der Wuppertaler Bühnen auf, wenn diese – wie im Haushaltssicherungskonzept der Stadt vorgesehen – mit einem um 2 Millionen Euro reduzierten Zuschuss auskommen sollen. Das Gutachten beschreibt deutlich, dass unter diesen Bedingungen die Aufrechterhaltung beider Sparten (Oper und Schauspiel) dauerhaft nicht möglich ist. Alternativen, wie und unter welchen Bedingungen die Wuppertaler Bühnen mit beiden Sparten fortgeführt werden könnten, werden nicht aufgezeigt. Bis zum Jahresende soll noch ein zweites Gutachten die Möglichkeiten einer Kooperation mit den Nachbarstädten prüfen. Danach, so der Fahrplan

der Stadtverwaltung soll eine Entscheidung über die künftige Struktur der Bühnen in der ersten Ratssitzung des nächsten Jahres getroffen werden. Als Grundlage der Entscheidung liegen dann aber nur die Ergebnisse der beiden Gutachten vor: Aufgabe des Schauspiels und/oder je nach Ergebnis eventuell eine Kooperation mit Remscheid und Solingen. „Andere Optionen werden nicht geprüft“, rügt Ingrid Pfeiffer, kulturpolitische Sprecherin der FDP. „Und über die Zukunft des Schauspielhauses macht sich überhaupt niemand Gedanken. Konzepte, wie dieses Haus mit einer anderen Finanzierung für die Bühnen aber auch anderweitig genutzt werden könnte, gibt es keine. Das ist ein ziemlich armseliges Bild, was der Oberbürgermeister als Spitze der Verwaltung hier abgibt“, so Ingrid Pfeiffer.

Und die Politik? Pfeiffer: „Wir haben als einzige Fraktion vor der Sommerpause ein Gutachten zur Zukunft der Wuppertaler Bühnen und des Hauses beantragt, damit auch die schwierigen Fragen, ob und wie

das Schauspielhaus mit anderen Mitteln und einem möglicherweise anderen Nutzungskonzept fortgeführt werden kann und ob es Wege gibt, beide Sparten der Bühnen mit den veranschlagten reduzierten städtischen Zuschüssen zu erhalten.

Erst wenn wir Antworten auf diese Fragen bekommen, haben wir im nächsten Jahr, wenn die Entscheidung ansteht, auch eine echte Entscheidungsgrundlage.“

Die übrigen Fraktionen wollten unserem Antrag nicht zustimmen und haben die Beratung darüber erst einmal vertagt. So geht wertvolle Zeit verloren. Dabei hätten wir mindestens von der SPD, die schon sehr früh verkündet hat, das Schauspielhaus nicht schließen zu wollen, erwartet, dass sie unserem Antrag folgt oder wenigstens eigene Schritte unternimmt, um sich auch real für den Erhalt des Schauspiels und des Schauspielhauses in Wuppertal einzusetzen. Das ist jedoch scheinbar nicht der Fall.

FRISCHER WIND IM LANDESPARLAMENT

Marcel Hafke – Unser Landtagsabgeordneter für Wuppertal

Das bisherige Ratsmitglied hat ein neues Arbeitsgebiet und ist aus dem Rat in den Landtag gewechselt, um dort die Interessen Wuppertals in enger Anbindung an die Kommunalpolitik zu vertreten.



Seit dem 9. Mai 2010 vertritt Marcel Hafke unsere Region im Landtag Nordrhein-Westfalen. Der FDP-Kreisvorsitzende wird die bürgerliche Stimme Wuppertals in der Landespolitik sein.

Seine Ziele: mehr Liberalismus, mehr Generationengerechtigkeit, mehr Unterstützung der Kommunen.

Was treibt ihn an?

„Die Begeisterung für die liberale Sache“ ist da immer die erste Antwort. Die hat ihn zu den Jungen Liberalen und in die FDP gebracht. Als langjähriger Landesvorsitzender der JuLis, als Kommunalpolitiker und Kreisvorsitzender in Wuppertal ist dies stets der Motor seines Engagements. Deshalb ist ihm auch wichtig, mit klaren Zielen und mit Begeisterung in die politischen Prozesse zu gehen. Er wirbt für mehr Leidenschaft in der Politik.

Auf der Agenda der kommenden Jahre stehen ganz oben: Die Chancen der jungen Generation und das Thema Kommunal Finanzen. Dazu kommen die Weiterentwicklung des Studienbeitragsmodells und die Förderung der Bergischen Region. Diese sei in der Vergangenheit in der Landespolitik vernachlässigt worden. Es brauche einen Fürsprecher, der die Chancen und Potentiale der Region deutlich macht. Und dann gibt es abseits

konkreter Sachfragen noch einen weiteren Punkt, den er als politisches Anliegen benennt: Die Vision eines modernen Liberalismus. Sein Ziel ist es, die Dynamik der FDP zu fördern, für die Attraktivität der liberalen Idee einzutreten und die Menschen dafür zu gewinnen.

Ein guter Start im Landtag

In seiner „Jungferrede“ im Landesparlament hat Marcel Hafke in der ersten inhaltlichen Plenarsitzung – nach den Plenartagen zur Wahl von Präsidium und Ministerpräsidentin – verdeutlicht, dass die geplante Abschaffung der Studiengebühren alles andere als sozial gerecht und eine Katastrophe für die Hochschulen ist. Der Bergischen Universität Wuppertal würde man bei einer kompensationslosen Streichung fast 10% des Gesamthaushalts wegnehmen.

Dass ein neuer, junger Abgeordneter in seiner ersten Sitzung bereits eine eigene Initiative vorstellen darf, ist wohl auch etwas ganz Besonderes.

So geschehen: Marcel Hafke begründete einen Antrag der FDP-Landtagsfraktion zur Jugendbeteiligung. Neben der Stärkung der kommunalen Gremien – der Wuppertaler Bezirksjugendrat wird als positives Beispiel genannt – soll sich auch das Landesparlament für die junge Generation öffnen. Selbst die Kolleginnen und Kollegen der Minderheitsregierung fanden in der Plenardebatte anerkennende Worte für die Initiative und sprachen von „frischem Wind“ in der FDP-Landtagsfraktion.

Marcel Hafke wird mit Innovation, Wissenschaft und Technologie sowie Familie, Kinder und Jugend zwei zentrale Fachbereiche der Landespolitik übernehmen. Erste Initiativen werden nun in Gang gesetzt. Einfach wird es für die neue Minderheitsregierung nicht werden, Marcel Hafke ist bereit für eine kraftvolle Oppositionsarbeit.

Marcel Hafke, MdL
bei der so genannten
„Jungferrede“ im
Landesparlament

© Fotos: Marcel
Hafke, MdL



Ein Leben vor, neben und mit der Politik

Neben dem politischen Engagement kommt die berufliche Tätigkeit nicht zu kurz: Als selbstständiger Versicherungs-



Ausschüsse,
Sitzungstermine
Bürgergespräche,
und Parteiternine
lassen das
Privatleben häufig zu
kurz kommen.
Mit Leidenschaft und
Überzeugung geht
das.

© Fotos: Marcel
Hafke, MdL

unternehmer im Familienbetrieb steht Marcel Hafke mit beiden Beinen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Diese Bindung hat, so sieht es der frischgewählte Abgeordnete selbst, auch eine politische Bedeutung: Erstens garantiert sie die Unabhängigkeit, die man als politisch Verantwortlicher stets wahren sollte. Zweitens ist der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, um die Wünsche und Probleme direkt wahrnehmen zu können. So sind Bürgernähe und Bodenständigkeit garantiert.

Damit die Wuppertalerinnen und Wuppertaler den direkten Draht zu ihrem landesparlamentarischen Vertreter nicht verlieren, lädt Marcel Hafke regelmäßig in den Landtag ein.

Bei diesen Gelegenheiten kann man sich sowohl über die Arbeit vor Ort informieren, als auch den Gedankenaustausch fördern. Diesen will er auch in Zukunft pflegen. Neben den vielen Veranstaltungen in Wuppertal, auf denen Sie ihn direkt ansprechen können, können Sie sich jederzeit an sein Landtagsbüro wenden.

Marcel Hafke, MdL
Platz des Landtags 1
D - 40221 Düsseldorf
Telefon: + 49 (0) 211 / 884 - 4430
Telefax: + 49 (0) 211 / 884 - 3630
Email: marcel.hafke@landtag.nrw.de
Homepage: www.marcel-hafke.de

Und sonst?

Nach einem harten Wahlkampf und den nicht weniger anstrengenden ersten Wochen im Parlament bot die Sommerpause neben den Vorbereitungen inhaltlicher und strategischer Weichenstellungen auch ein paar Tage Urlaub für Marcel Hafke. Mit der Familie ging es in den Süden - und danach gestärkt an die Arbeit ...



RUNDER TISCH FÜR HANDWERK UND STADT

Konjunkturpaket II - Mittel auch für Wuppertaler Unternehmen

Die FDP-Ratsfraktion fordert als Konsequenz aus der „Handwerkskonferenz Bergisches Städtedreieck“ eine bessere Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Wuppertaler Handwerk.

Die Handwerkskonferenz Bergisches Städtedreieck am 29.04.2010 hatte gezeigt, dass nur 25 Prozent der insgesamt 42 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II in Wuppertal an heimische Handwerksunternehmen vergeben wurden. Die Städte Remscheid und Solingen hingegen vergeben mit 97 Prozent und 60 Prozent weit mehr Aufträge an dort ansässige Unternehmen. Als Grund für die schlechten Wuppertaler Vergabewerte wurde die Distanz zwischen Handwerk und Kommune aufgezeigt. Infolge dessen würden sich nur unterdurchschnittlich wenige Handwerksbetriebe an Vergabeverfahren der Stadt beteiligen.

„Deshalb haben wir in der letzten Rats-sitzung die Einrichtung eines Runden Tisches gefordert, um eine Verbesserung und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Stadtverwaltung



zu ermöglichen“, so Jörn Suika, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der

Stadt Wuppertal. Dem Runden Tisch sollen Vertreter der Kreishandwerkerschaft, des Gebäudemanagements und des Rechnungsprüfungsamtes angehören.

Suika: „Um zukünftig die gegenseitigen Hemmnisse überwinden zu können, erscheint es unserer Meinung nach notwendig, einen Runden Tisch einzurichten, um die Steuerung der Vergabe in Wuppertal zu hinterfragen, zu erneuern und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Nur so kann die Voraussetzung geschaffen werden, dass sich zukünftig wieder mehr Wuppertaler Handwerker um städtische Aufträge bewerben und so eine „Win-Win-Situation“ für Stadt und Unternehmen entsteht“.

Das Schaffen von
gegenseitigem
Vertrauen ist die
Grundlage einer
jeden erfolgreichen
Zusammenarbeit.

Google is SHOW VIEWing you...



BEI DER STÄRKUNG VON BÜRGERRECHTEN DURCHGESETZT

Auf Initiative der Liberalen im Rat haben nun die Wuppertaler die Möglichkeit, sich in Widerspruchslisten in allen städtischen Gebäuden einzutragen. Diese werden dann von der Stadt Wuppertal gesammelt und gebündelt an Google geschickt.

Die FDP-Fraktion hat sich mit ihrem Antrag für die Stärkung von Bürgerrechten, welcher am 12. Juli 2010 vom Rat der Stadt Wuppertal beschlossen wurde, durch-gesetzt.

„Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Verwaltung und die anderen Fraktionen überzeugt werden konnten“, so Jörn Suika, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal.

Der FDP-Antrag für das Sammeln von Widersprüchen gegen die Veröffentlichung von Häusern und Objekten bei Google Street View wurde noch im Mai von Verwaltung und Politik abgelehnt, mit dem Hinweis, diese freiwillige Leistung können nicht finanziert werden.

Diese Begründung konnte nicht standhalten.

Im europäischen Ausland, wie beispielsweise Frankreich oder der Schweiz wurden von den Google-Fahrzeugen aufgenommene Bilder im Netz veröffentlicht, die Menschen auch in sehr privaten Situationen zeigten. StreetView-Nutzer können so zum Beispiel Menschen beim Sonnenbaden oder beim Gang in einen Sexshop betrachten. Die Gesichter werden zwar ebenso wie Kfz-Kennzeichen von Google verfremdet, allerdings ist es für Bekannte anhand von Kleidung, Körperhaltung und gezeigten Ort relativ einfach, die dargestellten Personen zu identifizieren.

Eine weitere Sorge im Zusammenhang mit dem neuen Internetdienst bereitet vielen

die Möglichkeit, dass die genaue Umgebung von Geschäften und Wohnhäusern von Menschen mit krimineller Energie ausgespäht werden könnte. Mit der nun geschaffenen Möglichkeit, sich in Widerspruchslisten eintragen zu können, haben die Wuppertaler nun die Möglichkeit, ihr Geschäft oder Heim von Google „verschwinden“ zu lassen.

„Das ist ein großer Erfolg für die Rechte unserer Bürger“, so der FDP-Fraktionschef weiter und ergänzt: „Jetzt werden auch in Wuppertal, wie schon in vielen anderen Städten in Deutschland Widersprüche von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt und gebündelt an Google weitergeleitet. Das erleichtert den Wuppertalern die Wahrnehmung ihrer Rechte immens“.

Mit solchen Fahrzeuge mit 360-Grad-Kamera auf dem Dach hat Google mittlerweile fast ganz Deutschland aufgenommen. Auch Wuppertal ist bereits komplett.

© Foto: Google Germany GmbH

umstrittene Bilder von Google Street View aus dem Netz:



WO IST DAS BERGISCHE LAND?

„Düsseldorf, Neuss und Mönchengladbach wollen bald enger zusammen arbeiten“. Diese Meldung konnte man jüngst den Medien entnehmen.

Damit ist eins klar: Düsseldorf orientiert sich bei seinen Kooperationen im Wirtschafts- und Verkehrsbereich linksrheinisch. Der Rheinisch-Bergische-Kreis hat sich längst mit Leverkusen und Köln zu einer Region zusammengeschlossen.

Das Ruhrgebiet ist mit dem ‚Kommunalverband Ruhr‘ weiter in der Kooperation, als jede andere Region in NRW. Und der Ennepe-Ruhr-Kreis mit Schwelm und Gevelsberg orientiert sich bei seinen Kooperationen schon lange im südlichen Westfalen.

Dazwischen bleiben Wuppertal, Solingen, Remscheid und Teile des Kreises Mettmann, die sich bei solchen interkommunalen Zusammenarbeiten bisher schwer tun. Zuletzt hat man das bei der öffentlichen Diskussion über die Bergische Entwicklungsagentur (kurz BEA) gesehen. Während alle Städte um uns

herum organisatorisch bestens kooperieren, streitet man hier öffentlich über die Kompetenzen einer gemeinsamen bergischen Institution.

Der Hintergrund dieses Streites ist leicht erkannt: Im Kommunalwahlkampf hatte der SPD-Oberbürgermeisterkandidat den amtierenden CDU-Oberbürgermeister scharf angegriffen und ihm fehlende Erfolge bei der Wirtschaftsförderung und insbesondere bei der Einwerbung von Fördermitteln der EU vorgeworfen. Diesen Punkt musste die SPD-Ratsfraktion jetzt aufgreifen. Da man aber weiterhin in einer Großen Koalition mit der CDU und dem CDU-Oberbürgermeister zusammen arbeitet, musste ein anderer Schuldiger gefunden werden: Dies war dann die Bergische Entwicklungsagentur.

Zum Pech für die Große Koalition hat sich aber die IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid dazu zu Wort gemeldet: „Wer auf andere zeigt, sollte sich erst einmal selber an die Nase fassen“, so der Tenor der IHK-Stellungnahme. Die Stadt Wuppertal hat ihre vertraglichen Verpflichtungen zur

Personaleinstellung bei der BEA nicht erfüllt! Die Stadt Wuppertal hat den strategischen Entscheidungen der BEA in der Gesellschafterversammlung immer zugestimmt. Die Stadt Wuppertal blockiert die bergische Zusammenarbeit mehr, als dass sie sie fördert! Wer solche Kritik einstecken muss, kann eigentlich nur schwerlich eine mangelnde Arbeit der BEA kritisieren.

CDU und SPD haben im Wuppertaler Stadtrat den FDP-Antrag abgelehnt, im Rahmen der anstehenden Evaluierung und Neuausrichtung der BEA über diese eigenen Fehler nachzudenken und dafür Lösungen zu suchen. Noch wichtiger wäre es aber, wenn sich Wuppertal klar als Vorreiter der Zusammenarbeit im Bergischen Land bekennt und hier die Initiative ergreift, um ein Wir-Gefühl der Bergischen zu entwickeln. Und dazu gehört unter anderem eine starke Entwicklungsagentur, die auch mit Aufgaben und Kompetenzen ausgestattet wird.

CDU und SPD wollen über eigene Fehler nicht nachdenken.



Die Müngstener Brück ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel und Fotomotiv, sondern auch heute noch ein unverzichtbares Verbindungsstück im bergischen Nahverkehr. Dieses muss erhalten bleiben.

MÜNGSTENER BRÜCKE ERHALTEN

Einmaliges Kulturdenkmal in imposanter Lage muss erhalten bleiben!

Die höchste Stahlgitterbrücke Deutschlands stellt mit ihren 107 Metern Höhe nicht nur ein kulturelles Dankmal und beliebtes Ausflugsziel dar, sondern ist auch heute noch die einzige direkte Verbindung zwischen Remscheid nach Düsseldorf. Ferner ist sie eines der wichtigsten Wahrzeichen der Region und das Bindeglied im Bergischen Land.

Beim Richtfest der „Kaiser-Wilhelm-Brücke“ am 22. März 1897 vervollständigte der „Thal-Übergang“ das schon bestehende Eisenbahnnetz mit der Verbindung Solingen-Remscheid.

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Eisenbahnlobby mit der preußischen Regierung konnte der Stahlkoloss seiner eigentlichen Funktion überführt werden.

Seit dieser Zeit stellt die Müngstener Brücke eine der bedeutendsten Verkehrs-

adern zwischen den drei Bergischen Großstädten dar.

Die heute hier verkehrende Regionalbahn 47 wird nicht nur von Berufspendlern intensiv genutzt und ist auch zukünftig verkehrstechnisch unverzichtbar.

Neben der Nutzung als Eisenbahnbrücke ist sie eine Attraktion des Bergischen Landes.

Unterhalb liegt am idyllischen Tal der Wupper der vor vier Jahren fertig gestellte und gut angenommene Brückenpark.

Zu dem jährlich stattfindenden Brückenfest kommen mehr als 200.000 Besucher. Damit ist die Müngstener Brücke auch ein großer Wirtschaftsfaktor und lockt viele Touristen aus Nah und Fern in unsere Region.

Der Rat der Stadt Wuppertal hat daher einstimmig das Land NRW, die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG aufgefordert, alles Notwendige zu tun, um den dauerhaften Erhalt und die Nutzungsmöglichkeit der Müngstener Brücke für den Schienenverkehr zu sichern.

ENDE DER PERSONALMISERE IM GESUNDHEITSAMT

Sozial- und Gesundheitsausschuss folgt FDP-Antrag

Die Personaldecke im Gesundheitsamt ist so dünn, dass wichtige Aufgaben - selbst Pflichtaufgaben - nicht mehr erfüllt werden. Eva Schroeder, sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion: „Da klingt es zynisch, wenn der Kämmerer im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes die Senkung der Personalkosten fordert. Wichtige Pflichtaufgaben, dies hat unsere

Anfrage im Sozial- und Gesundheitsamt gezeigt, können schon jetzt mangels Personal überhaupt nicht mehr erfüllt werden. Es ist daher kaum vorstellbar, welche Auswirkungen weitere Personaleinsparungen im Gesundheitsamt nach sich ziehen - auf Kosten der Gesundheit unserer Bevölkerung.“

Die FDP-Fraktion hat eine schnelle Abhilfe der vakanten Stellen gefordert. Dem ist der Sozial- und Gesundheitsausschuss einstimmig gefolgt.

gehend zu besetzen, um die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen zu können. Schroeder: „Die Stellen sind z.T. seit mehr als zwei Jahren nicht besetzt. Ärztliche Untersuchungen im Kinder- und Jugendbereich werden nicht mehr durchgeführt. Obwohl die Stadt dazu per Gesetz verpflichtet ist.

Diese Untersuchungen“, so Schroeder weiter, „sind gerade für die Kinder wichtig, die im Elternhaus vernachlässigt werden und auch nicht an den regelmäßigen Untersuchungen beim Kinderarzt teilnehmen. Sie fallen durch das Netz, wenn auch das Gesundheitsamt keine Untersuchungen in den Kindertageseinrichtungen durchführt. Gerade beim Kindeswohl steht die Stadt aber in einer besonderen Pflicht.“ Deshalb ist die Verwaltung aufgefordert worden, die erforderlichen gesetzlichen Untersuchungen sofort extern zu vergeben, bis es zu der regulären

Stellenbesetzung kommt.



Eine Anfrage der Liberalen brachte das Ausmaß der Personalmisere ans Tageslicht. Jetzt drängte die FDP-Fraktion auf schnelle Abhilfe.

NORDBAHNTRASSE

Ein Wuppertaler Juwel erwacht endlich aus dem Dornröschenschlaf - hoffentlich bald komplett...

Die FDP-Fraktion freut sich auf einen durchgehenden Ausbau der Nordbahntrasse und die Eröffnung des ersten Teilstückes.

Wir hoffen, dass das Projekt der WuppertalBewegung, das der überwiegende Teil der Wuppertalerinnen und Wuppertaler als „ihr“ Projekt begreift, zügig und ohne weitere Störungen umgesetzt werden kann. Leider war die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung oft schwierig, wenn es um teure Gutachten und Auflagen ging.

Ein wichtiger Aspekt für die weitere Entwicklung der Nordbahntrasse ist die Frage des Artenschutzes, den die Grünen im Land ja noch deutlich ausweiten wollen.

Für die Finanzierbarkeit des Projektes ist es unumgänglich, dass die städtischen Auflagen für die Tunnel- und Brückenkonstruktionen in einem Rahmen bleiben, der für die WuppertalBewegung realisierbar bleibt.

Hier konnte man in den vergangenen Monaten den Eindruck gewinnen, dass die Anforderungen hierfür in Wuppertal deutlich höher sein sollten, als bei vergleichbaren Projekten in den Nachbar-

städten. Ein Blick in Richtung „Korkenziehertrasse“ sei an dieser Stelle erlaubt. Die FDP-Fraktion hofft daher, dass die

WuppertalBewegung bei ihren weiteren Planungen zukünftig mehr Unterstützung aus der Verwaltung erhält.

Das erste Teilstück ist fertig. Die FDP-Fraktion setzt sich für die Fertigstellung des Gesamtprojektes ein.





WOHIN MIT UNTERNEHMEN?

Es gibt eine große Nachfrage, aber keinen Platz

„Über zu wenig Gewerbesteuereinnahmen muss sich in Wuppertal niemand wundern“, so Alexander Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal. „Bei der Ausweisung von Gewerbeflächen hinkt Wuppertal wieder einmal hinterher und bleibt eine Antwort auf die Frage „Wohin mit Unternehmen?“ schuldig“.

Der Großteil der Flächen im Engineering Park ist bereits verkauft oder mit Optionen belegt. Schmidt: „Die Ansiedlungen von Logistikunternehmen oder von Großhandelsbetrieben sind zwar grundsätzlich positiv zu bewerten, haben jedoch nichts mit der geplanten Technologieachse Süd zu tun“. Schmidt weiter: „Das zeigt, dass wir in Wuppertal zu wenige Gewerbeflächen haben, um ansiedlungswilligen Unternehmen auch eine Ausweichfläche anbieten zu können. So kann man keine gezielte Ansiedlungspolitik mit entsprechender Clusterbildung betreiben“.

bei weitem nicht den Bedarf decken. „Wir müssen jetzt schon die Flächen ausweisen, die nach VohRang mit Unternehmen gefüllt werden wollen“, so

werbegebiet ist daher ein großer wirtschaftlicher Fehler. Man generiert zwar kurzfristige Einnahmen, aber langfristig vergibt man eine große Chance“.



Der Engineering Park gilt als das Aushängeschild in Sachen Gewerbeansiedlung. Aber für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik müssen neue und große Flächen ausgewiesen werden.



Engineering Park



Industriegebiet Nächstebreck



Industriebrache

Um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu generieren braucht Wuppertal neue, große Gewerbeflächen. Nur so kann Zukunft gestaltet werden.

Schmidt.

Die Liberalen kritisieren, dass benötigte große, zusammenhängende Flächen auch beim 2011 realisierten Gebiet im VohRang keine Berücksichtigung finden, so dass die von Seiten der Stadt angebotenen Flächen

Die Liberalen fordern, dass bei einem notwendigen mehrjährigen Vorlauf, die vorausschauende und angebotsorientierte Gewerbeflächenausweisung schnellstmöglich beginnt. Schmidt führt weiter aus: „Der Verzicht auf die Kleine Höhe als Ge-

Die FDP-Fraktion sieht hier dringend Handlungsbedarf.

„Die Gewerbesteuereinnahmen sind in Wuppertal in etwa auf dem Niveau von Langenfeld, was zwei Drittel kleiner ist als wir. Immer wieder haben uns Makler erläutert, dass es großen Bedarf an Flächen ab 30.000 qm

gibt. Wenn also die Stadt solche Flächen anbiete, würden sich auch wieder Unternehmen in Wuppertal ansiedeln, hier Steuern zahlen und neue Arbeitsplätze schaffen“, so Schmidt abschließend.

AUS DEN STADTTTEILEN

Ronsdorf: Stärke geschwächt - Bebauung Heidter Str./Rädchen



Die geplante Bebauung in Ronsdorf erhitzt die Gemüter. Sind doch die ablehnenden Voten der Bezirksvertretung Ronsdorf, der Stadt Remscheid und des Landschaftsbeirates ungehört verhallt. CDU und SPD haben sich gegen den Bürgerwillen und gegen die Natur durchgesetzt. Wortbeiträge der Opposition und allen voran des FDP-Stadtverordneten Alexander Schmidt vermochten es nicht, den mit der Baumaßnahme einhergehenden Eingriff in Natur und Quellbereiche zu verhindern. „Mit der Bebauung wird ein Landschaftsfenster zerstört“, so Schmidt und ergänzt: „Wir haben eine kritische Sicht auf Bebauungen im Außenbereich, gerade dann, wenn diese aufgrund einer Vielzahl von zusätzlich genehmigten Baugrundstücken für Einfamilienhäuser, wie Vogelsholz, Holthäuser Straße und am Engineering Park überflüssig sind“. Die Fläche an der Heidter Straße/Rädchen hätte zudem aus Sicht der Liberalen als Kompensationsfläche für die Errichtung von Landeseinrichtungen im Bereich Erbschlöh dienen können. Fazit: Diese Maßnahme schwächt durch die weitere Zerstörung von Kulturlandschaft eine der wenigen Stärken Wuppertals.

Toelleturm: Erhaltung allein mit dem Bebauungsplan?

Das „Toelleturm“ - Viertel hat ähnliche Veränderungen zu erwarten, wie der Brill; in Nuancen ist die Struktur unterschiedlich (weniger städtisch), und damit nochmals stärker von alten großbürgerlichen Wohnformen geprägt: große Einzelvillen mit Dienstwohnungen des Personals, parkartige Gärten, usw. Für alles dies besteht in Wuppertal keine Nachfrage mehr.

Das Baurecht muss auf die veränderte Lage reagieren; es muss möglich sein, hektargroße Flächen mit weiteren Häusern zu bebauen. Um den Charakter des hochwertigen Wohngebietes zu bewahren, müssten baurechtliche Satzungen mit einem Entwicklungskonzept (Baukörperausweisung) unterlegt werden – dass die Stadtverwaltung für etwas derartig aufwändiges keine Mittel hat, ist nachvollziehbar. Aber der Versuch, die Eigentümer heran zu ziehen, wurde bislang leider nicht gewagt.

Der aktuell im Verfahren befindliche Bebauungsplan sieht die Begrenzung der Zahl der Wohnungen je Grundstück bzw. Flächeneinheit vor; da kann es passieren, dass durch taktische Staffelung von

Bauantrag und Teilungsantrag plötzlich doch mehr geht als eigentlich zulässig. Ein Entwicklungskonzept könnte solche juristischen Fallen aushebeln.

Die Tendenz der Verwaltung zum Minimalkonsens wird jedoch weitere problematische Projektentwicklungen ermöglichen.

Die FDP wird aber auch weiterhin bei jedem Anlass wieder ein wirklich schlüssiges Erschließungs- und Bebauungskonzept fordern. Denn dass am Toelleturm nachverdichtet wird, ist Realität – Gestalt und Qualität des Viertels müssen aber nicht allein deshalb leiden.



Der Toelleturm - Namensgeber und Wahrzeichen für ein in jeder Hinsicht wertvolles Wohnviertel unserer Stadt

Ronsdorf: „Grüner Streifen“ wieder stabil

Nachdem der FDP-Bezirksvertreter Klaus Brennecke in Ronsdorf von Anliegern auf den Zustand des „Grünen Streifens“ an der Einmündung zum Boxberg angesprochen worden war, hat er mit den Anliegern, Vertretern des FDP-Ortsverbandes Ronsdorf und Verantwortlichen der Stadt Wuppertal eine Ortsbesichtigung durchgeführt. Als Folge dieser Besichtigung wurden Langzeit-Messungen zur Standfestigkeit des Weges ausgeführt. Diese haben eine mangelnde Stand-

festigkeit der Mauer ergeben, so dass dringend eine Erneuerung notwendig wird. Dieser Neubau der Stützmauer und des zugehörigen Wegstückes wird voraussichtlich im Laufe des Oktobers 2011 durchgeführt werden.

Ein schönes Beispiel dafür, dass die Zusammenarbeit von Anwohnern und ortsnaher Politik zu Ergebnissen führen kann.



„Am Grünen Streifen“

Briller Viertel: Die Denkmalsatzung muss her!

Wuppertals Strukturwandel macht sich auch in Details bemerkbar: Die alten Villen und Gärten der reichen Textilfabrikanten sind nicht mehr finanzierbar; der Markt will andere Zuschnitte, durchschnittlicher Geschosswohnungsbau besetzt die großzügigen Grundstücke.

Allgemeiner Konsens ist, dass die Qualität der innerstädtischen Villenviertel ein so hoher Wert des Standortes Wuppertal ist, dass einer Verramschung der Bauflächen gegengesteuert werden muss. Die FDP hat bereits in vergangenen Ratsperioden auf die dringend erforderliche Erhaltungs- und Denkmalsatzung für das Briller Viertel

gepocht. Aktuelle Vorgänge zeigen deren Wichtigkeit:

Am Buschhäuschen, auf dem Parkgrundstück einer bekannten Wuppertaler Textilfabrikanten-Familie, soll nun verdichtet werden. Immerhin konnte mit einem B-Plan und mit dem Gestaltungsbeirat eine gestalterisch angemessene Qualität bewirkt werden. Es muss aber jedes baurechtliche Regelwerk hier zum Einsatz kommen, das rechtlich und politisch umsetzbar ist – die ausstehende Denkmalsatzung wäre ein solches!

Alte Bebauungspläne, die durch Baulinien den Bestand definieren, reichen nicht

mehr aus. Es muss auch verhindert werden, dass isolierte B-Plan-Verfahren Verdichtungen zulassen, die in der Folge nach §34 BauGB flächig zu vereinfachen – und eben schwerer kontrollierbaren – Rechten für weitere Projekte führen.

Die FDP wird in den Gremien weiterhin für die zeitnahe Aufstellung einer Denkmalsatzung „Briller Viertel“ eintreten. Einzelentscheidungen für neue Projekte bleiben dann möglich, Nachverdichtung ohne Kontrolle kann damit aber wirksam bekämpft werden.

Das Briller Viertel besitzt für den Standort Wuppertal einen sehr hohen Stellenwert.

Für Sie im Rat:



Jörn Suika
Fraktionsvorsitzender

Vertritt hier Ihre Interessen:
Finanzausschuss,
Rechnungsprüfungsausschuss,
Hauptausschuss,
Kommunalwahlausschuss



Alexander Schmidt
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Vertritt hier Ihre Interessen:
Ausschuss für Wirtschaft,
Stadtentwicklung und Bauen,
Hauptausschuss, Sportausschuss,
Verwaltungsrat der
Wirtschaftsförderung Wuppertal
AöR, Verwaltungsrat der SSK
Wuppertal



Manfred Todtenhausen
Vorsitzender des Ausschusses für
Ordnung, Sicherheit und
Sauberkeit

Vertritt hier Ihre Interessen:
Betriebsausschuss
Gebäudemanagement Wuppertal
(GMW), Aufsichtsrat der
Gemeinnützigen
Wohnungsbaugesellschaft mbH
(GWG)



Eva Schroeder
Stadtverordnete

Vertritt hier Ihre Interessen:
Ausschuss für Soziales, Familie
und Gesundheit, Ausschuss für
Schule und Bildung,
Integrationsausschuss,
Behindertenbeirat



Ralf Otto Jacob
Stadtverordneter

Vertritt hier Ihre Interessen:
Ausschuss für Verkehr,
Kulturausschuss, Aufsichtsrat der
Hotel AG

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Rathaus (Barmen),
Zimmer 150

Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

Tel 0202 / 563 62 72

Fax 0202 / 563 85 73

E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Internet www.fdp-wuppertal.de

Sie erreichen unsere
Geschäftsstelle:

Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Fraktionsmitarbeiter

Tobias Wierzba, Dipl. Jur.
Fraktionsgeschäftsführer

Karin van der Most, Dipl. Soz.
Fraktionsgeschäftsführerin

Andrea Sperling
Sekretariat